



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

15. Juni 2005

S p e r r f r i s t Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

Rede des Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags, **Dr. Karlheinz Guttmacher, FDP**, anlässlich der Debatte des Tätigkeitsberichts des Petitionsausschusses für das Jahr 2004 (BT-DRS. 15/5570) im Plenum des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. Juni 2005

Rund 230.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich im Jahr 2004 an den Petitionsausschuss gewandt. Eine mehr als stattliche Zahl. Eine beachtliche Steigerung gegenüber den Vorjahren. Sie macht deutlich, welches Vertrauen dieser Ausschuss in der Bevölkerung genießt.

Für mich als Vorsitzenden in fünf Minuten eine angemessene Bewertung vorzunehmen, ist unmöglich. Ich muss deshalb weitgehend auf den schriftlichen Bericht verweisen und kann die Bürgerinnen und Bürger nur bitten, ihn entweder im Internet zu lesen oder bei unserem Sekretariat anzufordern.

Bei allem Verständnis für die Zwänge der derzeitigen parlamentarischen Situation: Ich finde, das Parlament sollte sich künftig für die Sorgen und Nöte der Bürger, die sich vertrauensvoll an uns wenden, auch hier im Plenum wieder mehr Zeit nehmen.

Festzuhalten bleibt jedenfalls: Der Petitionsausschuss ist der „politische Seismograph der Nation“. Die großen Themen in der Politik spiegeln sich auch in der Arbeit des Ausschusses wieder: Zur Gesundheitsreform und zu Hartz IV kamen die meisten Petitionen. Allein im Gesundheitsbereich war bei den Neueingaben eine Steigerung um fast 150 % auf über 4.000 Einzelpetitionen zu verzeichnen. Aber auch bei Themen wie der gesetzlichen Rentenversicherung und im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz gab es beachtliche Zuwächse.

Aus der Bandbreite der Eingaben will ich nur einen Einzelfall herausgreifen: Es hat mich besonders gefreut, dass im Berichtsjahr eine Änderung des Mautgesetzes beschlossen wurde. Bürger, die Hilfsgüter in Krisengebiete

2

transportieren, sind künftig von der Maut befreit. Bisher gab es eine Mautbefreiung nur für professionell arbeitende Hilfsorganisationen. Damit wird bürgerschaftliches Engagement jetzt in angemessener Weise durch den Staat unterstützt. Der Fall zeigt aber auch, dass ein einzelner Bürger durch einen schlichten Brief eine solche Gesetzesänderung herbeiführen kann. Der Petitionsausschuss nimmt jede Eingabe ernst. Nicht etwa nur solche, die von einer Vielzahl von unterstützenden Unterschriften begleitet werden.

In 19 Sitzungen hat der Petitionsausschuss sich dem enormen Arbeitsanfall gestellt und entsprechend den Zuwächsen beim Posteingang erheblich mehr Petitionen abschließend behandelt als in den Vorjahren. Allein die Zahl der Beschlussempfehlungen an das Plenum lag um 40 % über der des Vorjahres.

Dies war nur durch die gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit möglich. Sie hat zudem dazu geführt, dass wir in 90 – 95 % der Fälle einvernehmlich entschieden haben. Hierfür danke ich den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich. In gleicher Weise danke ich aber auch dem Ausschussdienst, ohne den diese Arbeit nicht zu bewältigen gewesen wäre. Ich kann nur hoffen, dass die dort vorhandenen Ressourcen zumindest erhalten bleiben. Sonst leidet die Arbeit des Ausschusses.

Wer den Sumpf trocken legen will, darf nicht die Frösche beauftragen. Mit dem Petitionsausschuss haben wir ein effizientes Instrument, Bürgerbeschwerden nachzugehen. Beauftragte der Bundesregierung können diese Arbeit nicht in gleicher Weise erfüllen. Denn sie sind Teil der Exekutive. Ihnen fehlt die Unabhängigkeit eines parlamentarischen Gremiums.

Es sei gestattet, noch einen kurzen Blick in die Zukunft zu werfen: Der Petitionsausschuss stellt sich den Herausforderungen neuer Medien. Ab dem 1. September 2005 wird es möglich sein, Petitionen per E-Mail einzureichen. Zeitgleich wagen wir den Einstieg in das Zeitalter des E-Parlaments. Als zusätzliches Angebot wird es die Möglichkeit geben, Petitionen ins Internet zu stellen und dort öffentlich zu diskutieren. Entgegen manchen Presseveröffentlichungen finden beide Projekte die uneingeschränkte Zustimmung des Vorsitzenden und seiner Fraktion, der FDP.

Wir werden damit noch bürgerfreundlicher, weil der Zugang zum Petitionsausschuss noch einfacher wird. Und wir stärken damit Elemente der direkten Demokratie.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung:

Dies ist der letzte Bericht, den ich als Vorsitzender zu verantworten habe. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mir die Arbeit als Vorsitzender leicht gemacht haben. Das Plenum bitte ich: Nehmen Sie den Ausschuss ernst, auch dann, wenn nicht gerade eine Debatte zum Jahresbericht ansteht. Und allen Bürgerinnen und Bürgern rufe ich zu: Haben Sie weiter Vertrauen in die Arbeit unseres Ausschusses, auch wenn wir nicht in jedem Einzelfall helfen können.